

bracht hat. Manche der alten katholischen Überzeugungen sind in diesem Modernisierungsprozeß am Verschwinden. Zerrüttete Ehen werden hingenommen, die zivilrechtliche Scheidung und der säkularisierte Staat werden in wachsendem Ausmaß gefordert, die irischen Bischöfe, in ihrer Mehrheit eine äußerst konservative Kraft, sehen die Gefahr des materialistischen Trends, wollen bremsen und haben zu diesem Zweck den Besuch des Papstes voll ausgenützt.

Das Staat-Kirche-Verhältnis ist in Irland, wie der Historiker *J. H. Whyte* in seiner wichtigen Untersuchung gezeigt hat (1971), nie so eng oder so locker gewesen, daß von einer Hörigkeit des Staates oder gar einer völligen Trennung die Rede sein konnte. Kein Konkordat wurde je unterzeichnet. Die Kirche erhält sich aus den Gaben der Gläubigen, der Staat hat kein Mitspracherecht bei der Ernennung von Bischöfen. Dem Klerus ist politische Tätigkeit verboten. Die Kirche ist keine Staatskirche wie die anglikanische, aber auch kein bloßer Verband. Gerade der Mangel an direkten Kontakten zwischen Staat und Kirche erklärt die relative Harmonie ihres Verhältnisses. Die irische Verfassung von 1937 sprach von einer (nicht näher definierten) „Sonderstellung der Kirche als Hüter des von den meisten Iren bekannten Glaubens“. Diese Klausel wurde jedoch 1972 abgeschafft, und der nichtsdestoweniger starke Einfluß der Kirche auf die Gesellschaft kann von Whyte der einen Waffe zugeschrieben werden, die kein anderer Verband besitzt, nämlich der „Autorität über Gewissen“.

Nicht ein britisches, sondern ein irisches Problem

Das irische staatliche Denken ist auf einigen wichtigen Gebieten eindeutig von der Kirche „geformt“. Sogar der Staat erlaubt die Ehescheidung nicht, erkennt aber auch kirchliche Ungültigkeitserklärungen (etwa 200 im Jahr) nicht an, was bei Wiederverheiratung häufig schwere Komplikationen auslöst. Neu ist ein von den Bischöfen betontes Leitprinzip, die großen Streitfragen (Scheidung, Mischehe und Empfängnisverhütung) nach ihren „Vor-

und Nachteilen für die Gesellschaft“ entscheiden lassen zu wollen, anstatt wie bisher der katholischen Morallehre gesetzlichen Ausdruck zu geben. So kam es auch zu dem Kompromißgesetz zur Legalisierung des Verkaufs von empfängnisverhütenden Mitteln. Diese sind nur mit ärztlicher Verschreibung erhältlich, praktisch daher nur für Eheleute, und von Apothekern geäußerte Bedenken werden als rechtsgültig akzeptiert. Der Vertrieb auf dem Postweg ist verboten. Hohe Geldstrafen drohen denjenigen, die sich in Nordirland oder England über den persönlichen Bedarf hinaus „eindecken“.

Bei den nordirischen protestantischen Einwänden gegen ein vereintes Irland handelt es sich im wesentlichen um eine häufig mißverstandene Sicherung von „Freiheiten“. Katholiken verstehen darunter fälschlich, daß diese Freiheiten zu einer willfährigen und laxen Gesellschaftsmoral führen würden. Sie begreifen nicht, daß die meisten ulsterischen Protestanten viel moralbetontere Auffassungen vertreten, aber eben dagegen sind, kirchliche Moralauffassungen gesetzlich zu erzwingen. Das Nordirlandproblem wird von vielen irischen Katholiken nicht weniger verkannt, wenn sie meinen, daß Großbritannien noch immer entschlossen sei, Irland wie im Jahrhundert der spanischen Armada als strategisch wichtigen Stützpunkt zu bewahren, daß der britische Imperialismus also das Haupthindernis des irischen Wiedervereinigungsstrebens darstelle. Großbritannien hat kein Interesse mehr, eine Wiedervereinigung Irlands zu blockieren, wenn diese friedlich und mit Einwilligung der Beteiligten zu erreichen wäre. Im Gegenteil, es hat jedes Interesse, diese zu fördern und sich seiner schweren Bürde an Lebensopfern und Geld (4 Milliarden DM im Jahr) zu entledigen. Die Vereinigung Irlands ist daher weitgehend nicht mehr ein britisches, sondern ein „irisches Problem“. Es gilt, die Befürchtungen der ulsterischen protestantischen Mehrheit aus dem Weg zu räumen, was in der Republik nicht allein mit verfassungsrechtlichen Maßnahmen zu tun ist. Manche Probleme wie das der Mischehe können von Dublin allein gar nicht gelöst werden. Vertrauen aufzubauen, das Zusammenleben mit Minderheiten und Mehrheiten zu lernen ist Irlands schwerste Zukunftsaufgabe.

Roland Hill

Eine schwache Junta gegen die Revolution

Zum Umsturz im mittelamerikanischen El Salvador

„Heute Somoza, morgen Romero“ war seit dem 19. Juli an den Hauswänden der Hauptstadt El Salvadors zu lesen. Nur drei Monate nach der erfolgreichen nicaraguanischen Revolution, die einen Diktator und seine mehr als 40 Jahre herrschende Familie entmachtete, stürzten in einem zweiten Land Zentralamerikas ein Diktator und ein ebenfalls auf mehr als 45jährige Herrschaft zurückblickendes Regime: In dem kleinen, mit knapp fünf Millionen Einwoh-

nern dichtbesiedelten pazifischen Küstenstaat El Salvador regiert seit dem 15. Oktober eine aus drei Zivilisten und zwei Militärs bestehende *Junta*; Präsident *Carlos Humberto Romero*, seit Juli 1977 im Amt, mußte das Land verlassen; der eigentliche Umsturz verlief unblutig. Was gemäßigte politische Kräfte in Nicaragua versäumten, schien in El Salvador zunächst gelungen: dem revolutionären Volksaufstand mit der Ablösung der alten und der

Einsetzung einer liberalen Regierung zuvorzukommen. Inzwischen ist die Zuversicht, daß mit dieser von den Vereinigten Staaten favorisierten Lösung ein Bürgerkrieg verhindert werden könne, starken Zweifeln gewichen. Das Land scheint dem *Bürgerkrieg* heute näher als vor dem Machtwechsel. Unmittelbar nachdem die Zusammensetzung der Junta bekanntgegeben worden war, rief die mächtigste illegale Massenbewegung „*Revolutionärer Volksblock (BRP)*“ zum bewaffneten Kampf, zur Revolution auf. Die blutigen Zusammenstöße zwischen Soldaten und Guerrilleros kosteten allein in den ersten beiden Wochen nach dem Putsch 150 Menschen das Leben. Offenbar hat die angespannte militärische Lage den politischen Elan der Junta so geschwächt, daß sie nicht einmal zu einer detaillierten Ankündigung der versprochenen reformerischen Maßnahmen kommt. Daß es ihr nicht auf Anhieb gelingt, das Land unter Kontrolle zu bringen, liegt entgegen dem ersten Anschein weniger am guten Willen der neuen Machthaber als an der Vielzahl und der Vielschichtigkeit der zu bewältigenden politischen Aufgaben. Anders als in Nicaragua hat sich das politische Kräfteverhältnis zum Zeitpunkt des Umsturzes so komplex gestaltet, daß auf den ersten Blick keine der politischen Gruppen das für einen Ausweg aus der nationalen Krise notwendige Machtpotential zu besitzen scheint.

Politik der eisernen Hand

Das politische Bild El Salvadors zeigt nach einer teilweise parallel verlaufenden Entwicklung zum Zeitpunkt des Umsturzes deutliche Unterschiede zum Nachbarland *Nicaragua*, die einmal in der Beschaffenheit der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, vor allem aber im Verhältnis dieser Kräfte zueinander begründet sind. Die Politik des gestürzten Romero konnte sich, was Repression, das Zementieren sozialer Ungerechtigkeit und die Mißachtung der Menschenrechte etwa in der Behandlung Oppositioneller angeht, mit der General Somozas messen.

Konsequenter und brutaler als dieser jedoch verfolgte Romero die *katholische Kirche*, soweit diese sich als Anwalt des Volkes verstand (vgl. HK September 1977, 474f und November 1979, 588). Den kirchenfeindlichen Aktionen seiner Regierung sowie kollaborierender Rechtsextremisten fielen sechs Priester zum Opfer, 26 wurden ausgewiesen, neun verhaftet und 71 mit dem Tode bedroht. Wie Somoza stützte sich Romero, unter seinem Vorgänger *Arturo Molina* gefürchteter Innenminister, zur Wahrung der nationalen Sicherheit auf die Armee und die Polizei. 10 000 Mann zählt die Armee; ein Vielfaches davon (ca. 150 000) dienten in einem weitgefächerten System paramilitärischer und Polizeioorganisationen. Die formalrechtlich illegale, vom Präsidenten aber öffentlich gelobte und ungehindert operierende rechtsextremistische Spitzel- und Terrororganisation ORDEN soll 80 000 Mitglieder haben. Die neue Junta versprach, die mächtige Vereinigung aufzulösen. Ihre Glaubwürdigkeit hängt nicht zuletzt davon ab, ob es

ihr gelingt, die Übergriffe der Armee und der Sicherheitsdienste unter Kontrolle zu bringen, mehr noch, die Armee, in 47 Jahren an die Rolle des Volksunterdrückers und Garant für Ruhe und Ordnung gewöhnt, zu moralisieren. Bei gleicher Sozialstruktur, der für Dritte-Welt-Länder typischen Flachpyramide mit breiter Armenbasis und oligarchischer Spitze, unterschied sich das Nicaragua Somozas von dem Romero-Regime in El Salvador in mehrfacher Hinsicht. Romero verfügte weder über das „Format“ Somozas noch über ein ähnliches familiengebundenes Wirtschaftsimperium, so daß die Abhängigkeit des salvadorianischen Regimes von der Oberschicht eher einseitig war. Diese hatte sich die Militärs verpflichtet, indem sie ihnen den Zugang zur Gesellschaft verschaffte und ihnen die Aufsichtsräte öffnete. Wiewohl die Oberschicht der „vierzehn Familien“ – nach dem industriellen Aufschwung der sechziger Jahre zählt sie rund 50 Familien – sich im letzten Jahr einige Male über die Unfähigkeit der Militärs mokiert hatte, schlug dies anders als in Nicaragua zu keinem Zeitpunkt in Sympathie für Oppositionelle und Aufständische um. Die neue Junta steht also vor dem Dilemma, daß sie für ihren Reformwillen, soweit er vorhanden ist, weder im Bürgertum noch bei den linken Gruppierungen Rückhalt findet.

Das Bild der – illegalen – *politischen Opposition* in El Salvador und ihrer Guerilla-Verbände vor dem Umsturz zeigt zahlreiche in sich uneinige, über theoretische ideologische Differenzen zerstrittene Gruppierungen mit sehr beschränkter politischer und militärischer Schlagkraft. Daran änderte das Gelingen der nicaraguanischen Revolution kaum mehr, als daß sich alle revolutionären Kräfte neu ermutigt fühlten, ohne jedoch die Schwelle zu gemeinsamen strategischen Überlegungen oder gar Aktionen überschreiten zu können. Die größte der linksgerichteten Bewegung, der *Revolutionäre Volksblock*, zählt nach Aussage seines Generalsekretärs *Facundo Guardado* mindestens 50 000 Mitglieder, überwiegend Arbeiter, Studenten, Lehrer und Campesinos. Wie die beiden anderen bekannteren marxistischen Bewegungen „*Volksligen 28. Februar (LP-28)*“ und „*Vereinigte Aktionsfront des Volkes (FAPU)*“ hat auch der Volksblock einen „*brazo armado*“, einen bewaffneten Arm. Diese Guerilla-Verbände haben jedoch nach Schätzung des CIA höchstens 2000 Mitglieder, sie sollen mittelmäßig ausgebildet und schlecht bewaffnet sein. Der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ, 21./22. 10. 79) kommt nach Besuchen bei den Guerrilleros des Volksblocks und der Volksligen zu dem Schluß, daß sie allem Anschein nach keine Waffenhilfe vom Ausland erhalten. Die Äußerungen und Aktionen der marxistischen Gruppen seit dem Sturz Romeros zeugen von beträchtlicher Konfusion und Uneinigkeit, was angesichts der schwer einzuordnenden neuen Regierung kaum anders zu erwarten war. Der Volksblock lehnte die Junta sofort als imperialistisch und gegen das Volk gerichtet ab. Er verfolgt wie die nicaraguanische Untergrundbewegung gleichen Namens die Strategie des „*verlängerten Volkskriegs*“, will zunächst die Massen mobilisieren und richtet

sich auf einen langen Kampf ein. Die anderen Guerrilla-Bewegungen wollten eine Volkserhebung nach sandinistischem Vorbild. Die kurz nach dem Putsch aufgeflamten und von der Armee blutig niedergeschlagenen Kämpfe im Stadtteil Mejicanos von San Salvador, wo die Bevölkerung offenbar zögerte, sich der Guerilla anzuschließen, haben die Volksligen und ihre Guerrilleros jedoch daran zweifeln lassen, ob das Volk für eine Revolution reif sei. Inzwischen haben alle linksradikalen Bewegungen den Kampf gegen die Junta angekündigt; zur Absprache gemeinsamer Aktionen konnten sie sich offenbar immer noch nicht durchringen. Allein die seit dreißig Jahren verbotene kommunistische Partei bot der Junta ihre Unterstützung an, um, wie sie erklärte, weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Rettung durch die bürgerlichen Parteien?

Zwischen einer nicht kooperationswilligen radikalen Opposition und einer aufgeschreckten Oberschicht droht ein wie immer geartetes politisches Konzept der Junta ins Leere zu stoßen. Sie versprach freie Wahlen vor 1982, eine Landreform, die Entlassung der über 1000 politischen Häftlinge, die Achtung der Menschenrechte und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, während ihre Soldaten und Polizisten einige seit Wochen besetzte und bestreikte Fabriken auf blutige und brutalste Weise räumten. Besonders heikel ist die Frage der Landneuverteilung, da der Staat wie auch die Großgrundbesitzer in dem kleinen dichtbesiedelten Land (1971 186 Einwohner pro qkm) nicht wie in anderen Staaten des Kontinents auf weite, brachliegende Ländereien zurückgreifen können. Zwar ließ die Zusammensetzung der Junta (bestehend aus den Zivilisten *Roman Mayorga Quiroz*, Rektor der Jesuiten-Universität in San Salvador; *Guillermo Manuel Ungo*, Professor für politische Wissenschaften an derselben Universität, und *Mario Antonio Andino*, Direktor einer Dodge-Tochtergesellschaft, sowie den Obersten *Jaime Abdul Gutierrez* und *Arnoldo Majano*) auf eine gewisse Öffnung des Regimes hoffen. Das von ihr berufene Kabinett zählt jedoch neben ideologisch links von der Mitte stehenden christdemokratischen Politikern auch Vertreter der rechtsgerichteten Unternehmervverbände, was die neue Regierung bei den marxistischen Bewegungen wie bei den einflußreichen Industriellen und Landbesitzern gleichermaßen diskreditiert.

Von entscheidender Bedeutung könnte in dieser Situation die Reaktion der bürgerlichen Oppositionsparteien sein. Anders als in Nicaragua haben vor allem die Christdemokraten noch beträchtlichen Rückhalt bei der städtischen Mittelschicht. Zu ihrem Kredit trägt bei, daß sie sich in der Vergangenheit gegen das Regime und den Rechtsextremismus abgegrenzt haben und ihre Führer nach den massiven Wahlfälschungen der Romero-Partei in den Jahren 1972 und 1977 ins Ausland fliehen mußten. Von Parteiführer *Napoleón Duarte*, der nach dem Umsturz aus dem venezolanischen Exil nach El Salvador zurückkehrte,

wäre unter dem Druck der USA und der katholischen Kirche wahrscheinlich eine vorsichtige Reformpolitik zu erwarten. Generalsekretär *Morales Ehrlich* gilt als mutige und integre politische Persönlichkeit. Es ist zu vermuten, daß die Christdemokraten aus freien Wahlen als stärkste Partei hervorgehen würden.

Offenbar hat sich auch Washington zu einer Stützung der *Christdemokraten* entschlossen, zumal sich die anderen, in der Nationalen Oppositionsunion zusammengeschlossenen Parteien, die sozialdemokratische MNR und die sozialistische UDN unter der Regierung Romero zeitweise eher den revolutionären Kräften zuneigten. Nach der unrühmlichen Rolle im nicaraguanischen Konflikt, in dem die USA ohne Konzeption und politische Moral mit Ausnahme der Sandinisten jeweils auf denjenigen setzte, der gerade der Macht am nächsten schien, versuchten die Amerikaner, die Militärregime von El Salvador, Guatemala und Honduras zur Mäßigung ihrer Politik zu bewegen. General Romero hatte sich öffentlich über die amerikanischen Pressionen beklagt. Der Sonderbeauftragte Washingtons, *Viron P. Vaky*, berichtete im Spätsommer dem amerikanischen Kongreß über die Lage in El Salvador: „Die auf den Export ausgerichtete Wirtschaft beruht auf extremer Ungleichheit in der Verteilung des Einkommens, des Besitzes und des Landes. Beispielsweise besitzen zwei Prozent der Bevölkerung praktisch die ganze Industrie und die ganze Landwirtschaft; diese Kreise haben großen Einfluß auf die Militärregierung. Die Klassenstruktur ist eine der starrsten in ganz Lateinamerika“ (Zit. nach NZZ, 19.10.79). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann die Junta mit dem Wohlwollen der USA rechnen. Dies wird vermutlich auch dann der Fall sein, wenn die neue Regierung unter dem Druck von rechts und links auf den alten, antikommunistischen und oligarchiefreundlichen Kurs einschwenken sollte. Dann spätestens wäre das Volk zu mobilisieren und ein Bürgerkrieg unausweichlich, dessen wahrscheinliche Auswirkungen auf die von Militärs regierten Nachbarländer Guatemala und Honduras die Domino-Theorie der Amerikaner bestätigen würde.

Unterschiedliche Stimmen aus der Kirche

Die katholische Kirche El Salvadors verhielt sich nach dem Umsturz zunächst abwartend. Am 16. Oktober warnte der Erzbischof von San Salvador, *Oscar Arnulfo Romero*, die Bevölkerung über Rundfunk vor übereilem und gewaltsamem Handeln, obwohl die Kirche Verständnis dafür habe, daß sich „die Geduld des Volkes, das so schwer gelitten hat, erschöpft“ (zit. nach KNA, 18.10.79).

Der Erzbischof, für das Regime Romero der unbequemste Mahner im Land, sagte der neuen Junta die Unterstützung der Kirche zu, „wenn sie ihre Versprechungen wahr macht und einen Neubeginn für unsere Nation garantiert“. Für die heillose Lage des Landes machte Erzbischof Romero die reiche Oberschicht El Salvadors verantwortlich: „Wir

richten unser Wort an jene, die so viel Unruhe und Gewalt verschuldet haben, indem sie ihre ungerechten Privilegien im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich verteidigen.“ Er erinnerte an die Leiden der Kirche unter dem gestürzten Regime und wiederholte das Versprechen, die Kirche werde auch weiterhin auf seiten des Volkes stehen (vgl. NCNS, 23. 10. 79). Seitdem versucht der Erzbischof, auf die linksradikale Opposition Einfluß zu nehmen, deren Aktivisten im November mehrere Ministerien und Kirchen der Hauptstadt besetzten. Er schätzte die Situation offenbar richtig ein, wenn er vor einen Rechtsputsch provozierenden Gewaltaktionen warnt.

Unter seinen Bischofskollegen steht der unerschrockene Romero eben fast isoliert da. Der zu Beginn der siebziger Jahre für mehr soziale Gerechtigkeit eintretende Bischof von San Vicente und Vorsitzende der Bischofskonferenz, *Arnoldo Aparicio*, interpretierte die jüngste leidvolle Kirchengeschichte auf dem Boden El Salvadors auf andere

Weise. In einer Predigt am 9. September dieses Jahres eröffnete er den Gläubigen, vier der sechs ermordeten Priester seien nicht von den Staatsorganen oder rechtsradikalen Sympathisanten, sondern von Guerrilleros getötet worden. So habe man den Geistlichen *Rutilio Grande* beseitigt aus Angst, er könnte die revolutionären Pläne der Untergrundkämpfer „gegen Staat, Regierung und Kirche“ verraten. Bischof Aparicio warnte in seiner Ansprache vor einem zweiten Nicaragua: „Die Verräter versprechen den Campesinos, sie würden bald Häuser, Paläste und Ländereien besitzen. Ich glaube, meine Brüder, unter Euch ist keiner, der in einem gestohlenen Haus wohnen will, das mit Blut und Gewalt in Besitz genommen wurde. Ich glaube zu wissen, was Ihr wollt, was unsere Campesinos wollen: daß wir Euch großzügig die Hand reichen, daß wir Euch helfen, daß wir Euch gerechte Löhne zahlen ... Das erwarten die Bauern von uns! Aber sie sollen nicht glauben, daß sie bald an der Macht sind“ (Zit. nach DIAL 564, 11. 10. 79).

Gabriele Burchardt

Zeitbericht

Flüchtlingsströme in allen Kontinenten

Zum gegenwärtigen Stand eines weltweiten Problems

In einer Veröffentlichung des UNO-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR) aus diesem Jahr heißt es: „Seit seiner Gründung im Jahre 1951 hat UNHCR mehr als 20 Millionen entwurzelten Menschen geholfen“ (Sonderausgabe des UNHCR-Bulletins, Frühjahr 1979). Es handelte sich überwiegend um „Menschen, die aus begründeter Furcht vor Verfolgung ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischen Gesinnung ihr Heimatland verlassen mußten.“

Das Mandat des UNO-Hochkommissars für Flüchtlinge gilt zunächst diesen Menschen. Er kann aber auch – und tut es in weitem Maße – sogenannten „displaced persons“, aus anderen als den vorgenannten Gründen im eigenen Land Entwurzelten, helfen. Solche Gründe können internationale und nationale Konflikte sein, aber auch Naturkatastrophen wie Dürren, Überschwemmungen und ähnliche Ereignisse. In der Zahl 20 Millionen sind Hilfen für „displaced persons“ nicht berücksichtigt.

Das ganze Ausmaß schwer zu erfassen

Die vom UNHCR angegebene Gesamtzahl der von ihm

seit 1951 betreuten Personen spiegelt also keineswegs das volle Ausmaß des weltweiten Flüchtlingsproblems wider. Die Zahlen für Flüchtlinge und displaced persons sind weit höher anzusetzen. In den 20 Millionen sind auch die rund 1750000 Palästina-Flüchtlinge nicht enthalten. Sie werden von einer eigenen UN-Organisation betreut, der „United Nations Relief and Works Agency for Palestine in the Near East (UNRWA)“. Die UNHCR-Zahlen basieren auf Angaben der Regierung, in deren Bereich sich Flüchtlinge aufhalten. Aber die Regierungen kennen oft selbst nicht die genauen Zahlen, weil viele Flüchtlinge, häufig begünstigt durch schlecht kontrollierbare Grenzen, verwandtschaftliche und andere Beziehungen, ungemeldet in der Gastbevölkerung versickern. Mitunter scheut auch eine Regierung aus politischen Gründen, das ganze Ausmaß des Einströmens von Flüchtlingen in ihr Land bekanntzugeben. Die Masse der „displaced persons“ wird vom UNHCR nicht erfaßt, weil er sich dieser Gruppe nur in besonderen Fällen annehmen kann, gegenwärtig zum Beispiel in Laos.

Auf die Frage, wie viele Flüchtlinge und displaced persons es zur Zeit in der Welt gibt, wird man deshalb eine korrekte Zahl nicht erfahren können, sondern nur Schätzungen. Tatsache ist, daß die Zahlen eine steigende Tendenz